



Ökumenisches Netz in Deutschland für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Solidarische Bürgerversicherung - fair teilen statt sozial spalten

Panketal, im Januar 2012

Liebe ÖNiD Vernetzte!

Unsere „Solidarische Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten“ war von Anfang an mit dem Ziel entstanden, eine Umkehr der Jahrzehnte anhaltenden Umverteilung zu bewirken. (1) Ich versuche, die Argumente für unser Konzept immer wieder zu bereichern. Dazu gehört es, die jährlichen „Verteilungsberichte“ auszuwerten, die von Dr. Claus Schäfer im Wirtschafts- und Sozial-Wissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitet werden. Der „Verteilungsbericht 2011“ hat den Titel „No Repräsentation without Taxation“. (2)

Ich habe von ausgewählten Tabellen Konzentrate herausgezogen, um damit anschauliche Diagramme anzufertigen. Davon möchte ich im Folgenden drei „Blätter“ zeigen:

Blatt A „Im Verteilungskampf haben Gewinn- und Vermögenseinkommen gewonnen“

Blatt B „Die Last der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer ist zu schwer für die Arbeitnehmer“

Blatt C „Der von der Politik verschuldete Rückzug von Gewinnen und Vermögen aus der Gesamtbesteuerung ist ein Skandal“

Claus Schäfer geht noch auf andere Ungleichheiten ein; zum Beispiel betrifft das die Kluft der Arbeitsverdienste zwischen Ost- und Westdeutschland oder zwischen Männern und Frauen.

Sein „Verteilungsbericht 2011“ wird überraschend deutlich bestätigt durch eine gleichzeitig erschienene Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Titel „Divided we stand – Why inequality keeps rising“. (3)

Ergebnis: Die soziale Ungleichheit in den 34 OECD-Mitgliedsländern ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, überdurchschnittlich stark in Deutschland.

Zur Vorstellung der Studie sagte der OECD-Generalsekretär Angel Gurría: „Der Sozialvertrag beginnt sich in vielen Ländern aufzulösen. Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität.“ Die OECD empfiehlt deshalb unter anderem, Steuern für Gutverdiener zu erhöhen und deren Steuererleichterungen abzubauen; die Steuerprogression zu verstärken, Steuerflucht einzudämmen und die Steuern auf Vermögen und Grundbesitz auszubauen. Man kann es kaum glauben: „Gleichzeitig sind staatliche Transferzahlungen wichtiger als je zuvor.“

Das ist eine ganz neue Position. Bisher galt bekanntlich das Dogma, soziale Umverteilung würde Effizienz kosten. Nichts mehr davon, es hat geradezu eine Trendumkehr stattgefunden.

Über Diskussionsbeiträge zum hier behandelten Thema freue ich mich.

Ich wünsche Ihnen/Euch alles Gute

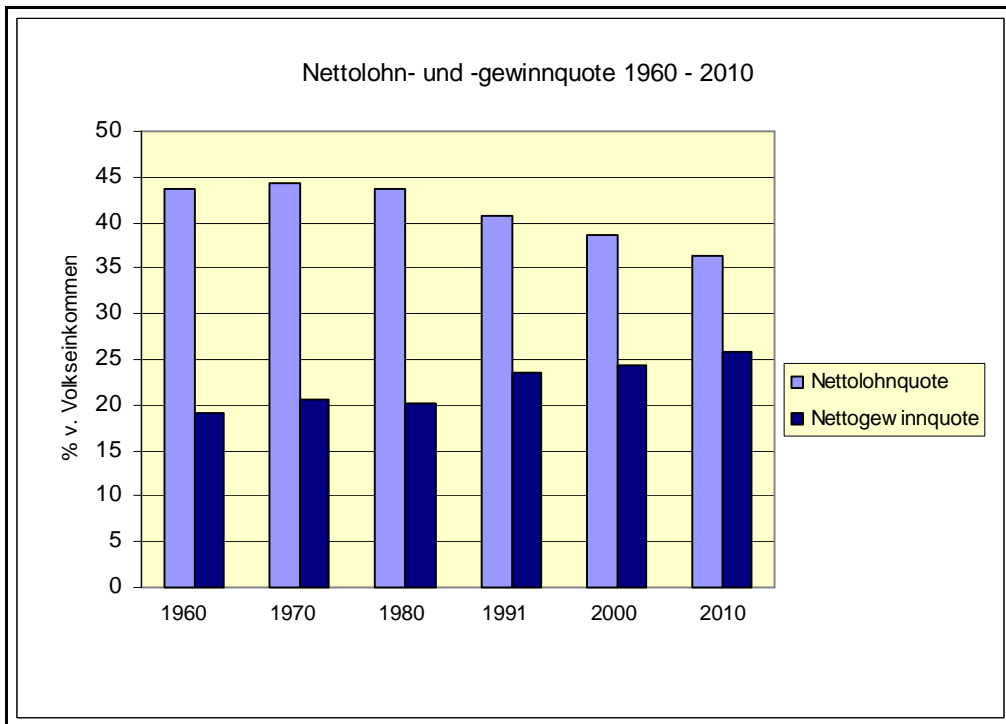
Und grüße herzlich, auch im Namen des Arbeitskreises Ökonomie und Kirche,

Ihre/Eure Barbara Hähnchen

Mail: barbara.haehnchen@gmx.de

(1) www.oekonomie-und-kirche.de, (2) http://www.boeckler.de/pdf/pm_wsimit_2011_12_schaefer.pdf,
(3) www.oecd.org/els/social/inequality.

Blatt A „Im Verteilungskampf haben Gewinn- und Vermögenseinkommen gewonnen“



Dem Diagramm liegen die Werte in der folgenden Tabelle zugrunde:

Jahr	Nettolohnquote	Nettogewinnquote
alte Bundesländer		
1960	43,7	19,1
1970	44,4	20,6
1980	43,8	20,2
alte und neue Bundesländer		
1991	40,7	23,6
2000	38,7	24,4
2010	36,3	25,8

Zur Erklärung: Die Lohn- und –gewinnquoten ergeben sich aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Danach wird jedes Jahr das Volkseinkommen in zwei Teilen verwendet.

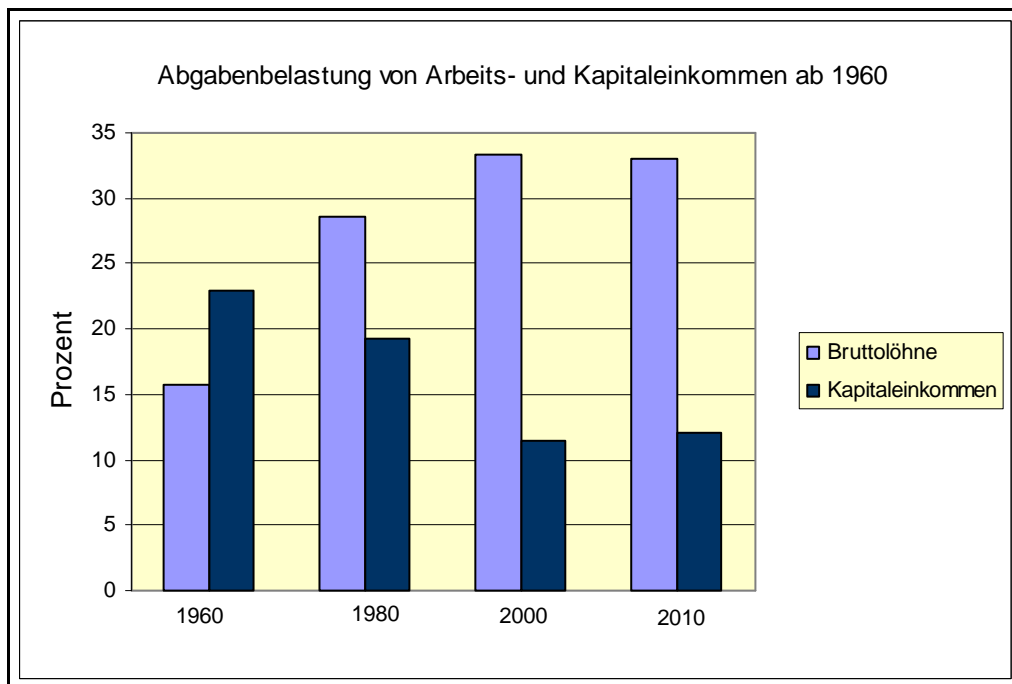
Zum Einen als Arbeitnehmerentgelte, zum Andern als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Aus den prozentualen Anteilen ergeben sich die Quoten. Sie werden der Kürze halber als Lohn- und Gewinnquoten bezeichnet.

Als Bruttoquoten machen beide zusammen stets 100 % aus. In den Medien werden meistens nur diese genannt. Sie sind jedoch bei weitem nicht so aussagekräftig, wie die Nettoquoten.

Die errechnen sich, indem Sozialabgaben und Einkommensteuern von beiden Bruttoquoten abgesetzt werden. Es zeigt sich dann ganz drastisch die sozial ungerechte Entwicklung, die in 50 Jahren entstanden ist.

Quelle: Claus Schäfer „No Repräsentation without Taxation“, WSI-Verteilungsbericht 2011, WSI-Mitteilungen 12/2011 ab Seite 677, Tabelle 2. 2010 zeigt ein noch vorläufiges Ergebnis.
Zusammenfassung der Tabelle 2 und Diagramm: Dr. Barbara Hähnchen, Januar 2012

Blatt B „Die Last der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer ist zu schwer für die Arbeitnehmer“



Dem Diagramm liegen die fettgedruckten Ziffern der Zeilen 3 und 6 in der folgenden Tabelle zugrunde:

Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen 1960 bis 2010

Belastung in %		1960	1980	2000	2010 ⁽¹⁾	Zeile
auf die Bruttolöhne	Lohnsteuer	6,3	15,8	17,4	15,3	1
	Sozialbeiträge	9,4	12,8	15,9	17,7	2
	insgesamt	15,7	28,6	33,3	33,0	3
auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Direkte Steuern (2)	20,0	15,3	7,8	8,2	4
	Sozialbeiträge (3)	3,0	3,9	3,7	3,9	5
	insgesamt	23,0	19,2	11,5	12,1	6

(1) Vorläufiges Ergebnis

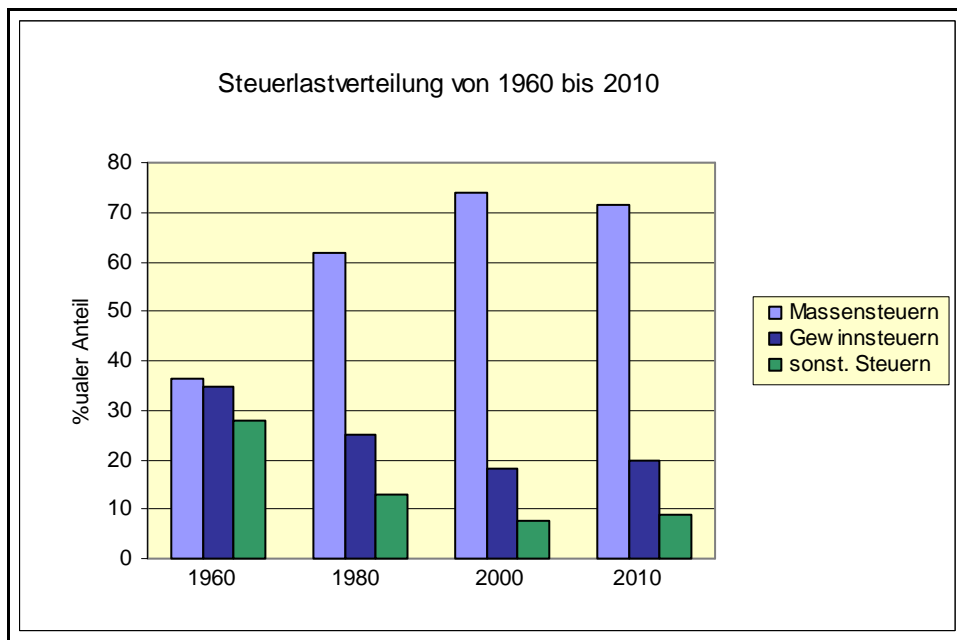
(2) Veranlagte Einkommensteuer; nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; Vermögensteuer

(3) Pflicht- und freiwillige Beiträge von Selbständigen (und Nichtselbständigen)

Hier zeigt sich eine drastische Umkehr der Belastung und zugleich eine der wichtigsten Ursachen für die Entwicklung, die auf Blatt A dargestellt ist. Was auch dazu beiträgt, aber hier im Durchschnitt nicht zu sehen ist: Die Zunahme von Niedriglohnjobs, die keine oder sehr wenig Sozialbeiträge zahlen müssen. Das verstärkt die Belastung der Normalarbeitsverhältnisse noch einmal.

Quelle: Claus Schäfer „No Representation without Taxation“, WSI-Verteilungsbericht 2011, WSI-Mitteilungen 12/2011 ab Seite 677, Tabelle 3. 2010 zeigt ein noch vorläufiges Ergebnis.
Zusammenfassung der Tabelle 3 und Diagramm: Dr. Barbara Hähnchen, Januar 2012

Blatt C: „Der von der Politik verschuldete Rückzug von Gewinnen und Vermögen aus der Gesamtbesteuerung ist ein Skandal“



Dem Diagramm liegen die fettgedruckten Ziffern der Zeilen 5, 12 und 14 der folgenden Tabelle zugrunde:

	1960	1980	2000	2010 ⁽⁷⁾	Zeile
Anteil der „Massensteuern“ am gesamten Steueraufkommen					1
Lohnsteuer (1) (2)	11,8	30,6	31,6	25,7	2
Umsatz- und Verbrauchsteuern (3)	21,7	25,6	34,3	38,2	3
Mineralöl- bzw. Energiesteuern (4)	3,0	5,8	8,2	7,5	4
Zusammen	36,5	62,0	74,1	71,4	5
Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen					6
Veranlagte Einkommensteuer (1)	13,5	10,1	2,9	6,2	7
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag (1)	1,2	1,2	2,9	2,6	8
Körperschaftsteuer (1)	9,5	5,8	5,1	2,4	9
Gewerbesteuern	10,5	7,8	5,8	6,7	10
Zinsabschlag/Abgeltungssteuer (1) (5)	-	-	1,6	1,7	11
Zusammen	34,7	24,9	18,3	19,6	12
Anteil der sonstigen Steuern am gesamten Steueraufkommen					13
Zusammen (6)	27,8	13,1	7,6	9,0	14

- (1) Einschl. Solidaritätszuschlag. (2) Nach Abzug des seit 1996 aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Kindergeldes und der Altersvorsorgezulage für die Riesterreife (zus. 2010 41,4 Mrd. €).
 (3) Neben Umsatzsteuern ausgewählte Verbrauchssteuern: Strom-, Tabak-, Branntwein-, Kaffeesteuer.
 (4) 2006 Bemessungsgrundlage erweitert und umbenannt. (5) Ab 2009 Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge. (6) Darunter z. B. 2010 Erbschaftssteuer 0,8 % und jetzt nicht mehr erhobene, früher aber bedeutende Vermögenssteuern. (7) Vorläufiges Ergebnis

Die „Massensteuern“ der Zeilen 3 und 4 spielen eine gewaltige Rolle. Sie müssen nämlich von den Verbrauchern aus ihrem **Nettoeinkommen** gezahlt werden, also z. B. auch von Rentnern und Hartz-IV-Betroffenen. Sie sind deshalb so schmerzhaft, weil sie das Existenzminimum verteuern.

Quelle: Claus Schäfer „No Repräsentation without Taxation“, WSI-Verteilungsbericht 2011, WSI-Mitteilungen 12/2011 ab Seite 677, Tabelle 6. 2010 zeigt ein noch vorläufiges Ergebnis.
 Zusammenfassung der Tab. 6 und Diagramm: Dr. Barbara Hähnchen